

2.6. - 4.6. DT.-ARABISCHES WIRTSCHAFTSFORUM

Veranstalter: Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry, der DIHK, Generalunion der arabischen Kammern. Branchen: Transport und Logistik; Informationstechnologie und Kommunikation; Finanzdienstleistungen, Exportfinanzierung und Islamic Banking; Infrastruktur und Stadtplanung; Umwelttechnik und Wasserwirtschaft; Energieeffizienz, petrochemische und Automobilindustrie. Hotel Ritz Carlton in Berlin.

6.6 - 12.6. EINKÄUFERREISE AUS CHILE

11 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden deutsche Unternehmen aus dem Bereich Solarthermie besuchen. (Info: Deutsch-Chilenische AHK).

KOMMENTAR

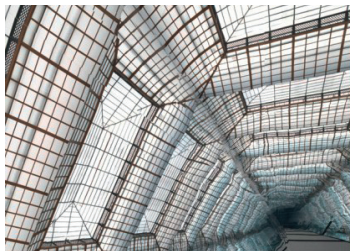
»RESPEKT, HERR ERDOGAN!«

Von STS a.D. Dr. hc Gerd Andres, Präsident der Deutsch-Türkischen Gesellschaft

»Mit dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva und dem iranischen Präsidenten Ahmadineschad haben Sie am vergangenen Montag in einem Dreiergespräch wahrscheinlich den Durchbruch im Atomstreit mit dem Iran geschafft. Zwei Tage zuvor haben Sie auf einem „historischen“ Gipfelgespräch mit dem griechischen Regierungschef Papandreu regelmäßige gemeinsame Kabinettsitzungen vereinbart. Wiederum einen Tag davor bringen Sie eine weitreichende Verfassungsreform durch das Parlament und ganz nebenbei verhandeln Sie mit dem russischen Medwedew die Abschaffung der Visapflicht für einen Aufenthalt von maximal 30 Tagen im jeweils anderen Land. Außerdem verabreden mit ihm den Bau des ersten türkischen Kernkraftwerks durch Russland mit einer Gesamtleistung von 4800 Megawatt. So viele Ergebnisse innerhalb von 10 Tagen sind schon sensationell. Wir können nur hoffen, dass die EU endlich begreift, dass die Türkei eine Stärkung für die Europäische Gemeinschaft bedeutet und nicht wartet bis andere Sie abgeworben haben.«

BUNTES AUS BERLIN | KULTUR

OLAFUR ELIASSON: INNEN STADT AUSSEN



Die speziell für den Martin-Gropius-Bau konzipierten Ausstellung zeigt Olafur Eliassons enge Beziehung zu Berlin – der Stadt, in der er seit vielen Jahren arbeitet. Seit 2009 hat er eine Professur an der Universität der Künste Berlin und leitet dort das Institut für Raumexperimente. Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7. 28. April bis 9. August 2010.

© 2010 Olafur Eliasson. Foto: Jens Ziehe

Gugl-Hupf

FACEBOOK IST DAS DRITTGRÖSSTE LAND DER WELT NACH CHINA UND INDIEN

Wäre Facebook ein Land, würde es gemessen an seiner »Einwohnerzahl« das drittgrößte Land der Welt sein. Erik Qualman hat in seinem Bestseller »Socialnomics« die Social Media Revolution beschrieben. In Anlehnung daran, ist ein Video entstanden, welches Statistiken zusammenfasst. Zum Beispiel hat Facebook innerhalb eines Jahres über 200 Millionen Nutzer gewonnen. Zum Vergleich: Das Radio benötigte 38 Jahre, das TV 13 Jahre und das Internet 4 Jahre, um 50 Millionen Konsumenten zu erreichen. Das Video steht unter <http://vimeo.com/11551721> zur Verfügung.

STUDIE: POLITIK-BLOGS IM US-WAHLKAMPF 2008

Das »Berkman Center for Internet & Society« ist ein Forschungszentrum an der Harvard University (Cambridge, USA), welches eine ausführliche Studie über Politik-Blogs im US-Wahlkampf 2008 veröffentlicht hat. Es wurden die führenden 155 US-Politik-Blogs untersucht – sowohl politisch linke und rechte als auch gemäßigte. Die linke Blogosphäre war erfolgreicher etwa beim technologischen Einsatz von Online-Strategien sowie den Partizipationsmöglichkeiten für User. Sie riefen zudem mehr Menschen zu Aktivitäten und Spenden auf. Die Studie steht zum kostenlosen Download bereit: <http://bit.ly/b41XcJ>.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESECONSULT GmbH

Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com

Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002

Chefredaktion: Dr. Frank Wilhelmy (V.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst: Gregor Schweter

Politik u. Wirtschaft: Hartmut Palmer, Nike Marquardt

Russland: Irina Boryayeva

Kultur: Fabio Cecere

Gugl-Hupf: Stefanie Ehrlichmann

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky

Telefon 030.810588813

Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare

Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin

Satz und Layout: Wiese Consult
erscheint seit März 2007

Fotos: dpa und Archiv
www.hauptstadt-insider.de



BERLINS WIRTSCHAFT WIRD 2010 ZULEGEN



Harald Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen in Berlin

Berlin scheint der Krise ganz gut zu trotzen. »Nur« 0,7 Prozent Rückgang des Bruttoinlandsproduktes gegenüber 5 Prozent bundesweit im Jahre 2009. Freilich hat das mit der geringen Anzahl industrieller Betriebe zu tun. Der jetzige Dämpfungs-Effekt dürfte in nächsten Aufschwung negativ wirken, oder?

»Ich bin zuversichtlich, dass die Berliner Wirtschaft 2010 wieder zulegen kann. Die Unternehmen in der Hauptstadt haben ein gutes Fundament geschaffen. Berlin hat im Aufschwung mit seinen Wachstumszahlen zwischen 2005 und 2008 regelmäßig den Bund übertroffen. Zwar bedingt der tiefere wirtschaftliche Einbruch auf Bundesebene jetzt ein größeres Aufwärtspotenzial als auf der Berliner Ebene. Dennoch: Berlins Verarbeitendes Gewerbe hat einen zukunftsorientierten Weg eingeschlagen. Berlin hat eine starke Pharmabranche. Berlins zahlreiche aufstrebende und innovative Technologieunternehmen haben sich in der Krise stabil entwickelt und versprechen in den nächsten Jahren weiteres Wachstum. Wir werden die Berliner Kompetenzfelder stärken, um sie zu Wachstumsmotoren zu machen. Innovative Produkte sollen den Wirtschaftsstandort Berlin weiter voranbringen.«

Sie waren unlängst in Arabien unterwegs, um für den Medizin- und Gesundheitsstandort Berlin zu werben. Wo sehen Sie die besten Chancen der Berliner Gesundheitswirtschaft im Export von medizinischer, pharmakologischer und technischer Kompetenz?

»Die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas bieten für den Export Berliner Gesundheitsleistungen außergewöhnliche Chancen – vor allem durch Rahmenkooperationsabkommen, die eine Beteiligung an der Ausschreibung staatlicher Großprojekte aus staatlichen Investitionsprogrammen ermöglichen. Projekte aus einer Hand also, vor allem der Gesundheitsversorgung: Planung, Finanzierung, Bau, Betrieb, Logistik und Modernisierung von Krankenhäusern. Darüber hinaus Sterilisations-, Desinfektionsdienste, Gebäudereinigung und Müllentsorgung, Logistikdienstleistungen sowie der Einsatz von Medizintechnik. Auch die Aus- und Fortbildung des Gesundheitspersonals sowie die Forschungseinbindung unter optimaler medizinischer Versorgung der Patienten mit innovativen Behandlungsmethoden sind gefragt.«

Und wie wird sich Berlin als Hauptstadt des deutschen Gesundheitsmarktes entwickeln können. Welche Rolle spielt dabei der sogenannte Berliner »Life Science Cluster« in Ihren Überlegungen?

»Berlin konzentriert seine Ressourcen auf die Entwicklung von drei Clustern. Eines davon ist das Cluster Gesundheitswirtschaft. Die Life Sciences sind eine der bedeutendsten Säulen dieses Clusters. Das Cluster Gesundheitswirtschaft enthält einen gemeinsamen länderübergreifenden Masterplan von Berlin und Brandenburg, der Maßnahmen für Handlungsfelder wie Biotechnologie und Biomedizin, Medizintechnik sowie Telemedizin vorsieht. Mit der Realisierung dieses Masterplans sollen bis zum Jahr 2030 die Bruttowertschöpfung der Gesundheitsregion auf 20,19 Mrd. € (2008: 14,25 Mrd. €) und die Erwerbstätigenzahlen auf 368 000 (2008: 351 000) steigen.«

KABINETT BESCHLIESST NEUFASSUNG DER GASNETZZUGANGSVERORDNUNG

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch einen Gesetzentwurf zur Gasnetzzugangsverordnung beschlossen. Die Neufassung zielt darauf, den Wettbewerb auf dem Gasmarkt zu beleben, heißt es aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle erwartet von der Gasnetzzugangsverordnung deutlich mehr Bewegung auf dem deutschen Gasmarkt. Die Neufassung sei ein wichtiger Schritt, um die Energiemärkte transparenter und marktoffener zu gestalten. Die

Gasnetzzugangsverordnung will mit drei Instrumenten dem Wettbewerb auf dem Gasmarkt neue Impulse geben: Die Zahl der Marktgebiete, innerhalb derer Gaslieferanten frei agieren können, soll von derzeit sechs bis zum Jahr 2013 auf höchstens zwei verringert werden. Zudem soll der Zugang zu knappen Transportkapazitäten erleichtert werden. Dazu sollen Kapazitäten diskriminierungsfrei versteigert werden, um eine wesentliche Hürde für den Markteintritt von Wettbewerbern zu beseitigen.

KRISE BESCHLEUNIGT KRANKENHAUSSTERBEN

Eine Studie von Ernst&Young zu den Folgen der Finanzkrise für die deutsche Krankenhaushauslandschaft stellt fest, dass die Wirtschaftskrise den Druck vor allem auf die öffentlichen Krankenhäuser erhöht. Den Kommunen, die diese Einrichtungen betreiben, fehlen 31 Mrd. Euro im Vergleich zu 2008. Jene öffentlichen Krankenhäuser, die bereits Defizite erwirtschaften, werden es in Zukunft noch schwerer ha-

ben, im Wettbewerb zu bestehen. Private Krankenhäuser befinden sich aufgrund ihrer besseren finanziellen Situation dagegen in einer günstigeren Ausgangsposition, weshalb das Wirtschaftsprüfungsunternehmen eine weitere Zunahme privater Krankenhäuser in Deutschland prognostiziert. An der repräsentativen Marktumfrage nahmen 150 Krankenhausleitungen und 1500 Verbraucher teil.

DAS POLIT-DEPOT



Der Berliner Vermögensverwalter Christian Mallek (Sigavest) schätzt für den Hauptstadt Insider die Börsenrelevanz aktueller Politikentscheidungen.

Das wichtigste Thema für die Börsen war und ist, wen wundert's, die Entscheidung für die Euroländer-Hilfe. Mit dem 750 Milliarden-Paket, mit dem EZB-Schwenk in Sachen Anleihenkauf und mit den Einschränkungen für den spekulativen Handel, sehe ich die Zeit des

Euro als Hartwährung und Konkurrent zum US-Dollar vorerst als beendet an. Das muss übrigens für das Wachstum der Realwirtschaft im Euroraum nicht schlecht sein. Den Euro treibt dieser Beschluss zunächst gegen den Dollar nach unten. Spekulative Anleger dürfen jetzt an eine Wette mit einem Währungs-Put (Basis: 1,45, Bez.-Ver. 100; Laufzeit: 21.03.2012) der genossenschaftlichen DZ-Bank denken.

Vom Elektro-Gipfel sind für mich keine investorenrelevanten Entscheidungen ausgegangen. Eher sehe ich noch immer in der Ankündigung, die Solarindustrie mit 100 Millionen Euro zu fördern, die Chance auf einen Turnaround bei einigen ostdeutschen und forschungsfreudigen Unternehmen. Hauptfavorit ist für mich der Bitterfelder Solarzellenhersteller Q-Cells, der gemessen am Höchstkurs über 90 Prozent Verlust hinnehmen musste, dafür aber mit einer Eigenkapitalquote von etwas über 30 Prozent noch relativ gut dasteht. Achtung: Noch hat das Unternehmen einen negativen Cashflow. Sollte der Turnaround jedoch gelingen, winken hohe Kursgewinne. Spekulativ!

Name	Wkn	Kaufdatum	Kaufkurs	Akt. Kurs 19.5.
Verbio	AOJL9W	19.4.2010	3,65	3,05
Secunet Security Networks	727650	19.4.2010	9,80	10,01
Euro/Dollar Put	DZ1MAP	24.5.2010		20,10
Q-Cells	555866	24.5.2010		5,34

Quelle: Sigavest 2010, www.sigavest.de

Disclaimer: Die vorgenannten Aussagen stellen ausdrücklich keine Kaufempfehlungen dar. Interessenten sollten sich vor einer Anlage unbedingt mit weiteren Informationen über die Unternehmen sowie deren Risikanz vertraut machen. Wir empfehlen, vor dem Kauf eine ausdrückliche Beratung und ausführliche Risikoaufklärung.

RÖTTGEN WILL MEHR GELD AUSGEBEN

Umweltminister Röttgen widersetzt sich Schäuble: Anstatt seinen Etat von 1,6 Milliarden Euro zu kürzen, verlangt er mehr Geld für sein Ressort. »Ich spare durch Wachstum. Ohne Wachstum wird keine Konsolidierung gelingen.« Wenn das Finanzministerium den Rest des Markt-

reizprogramms über 115 Millionen Euro entsperren würde, würde dies 900 Millionen Euro Investitionen auslösen mit 90 Prozent deutscher Wertschöpfung. Nach einer Vorlage aus dem Finanzministerium soll Röttgen in den nächsten vier Jahren rund 346 Millionen Euro einsparen.

RUSSLAND: KAPITALZUFLUSS ERWARTET

Angesichts der gegenwärtigen Schuldenprobleme in Europa rechnet der stellvertretende russische Finanzminister Sergej Stortschak mit einem Kapitalzufluss nach Russland. »Das heiße Geld, das uns den in Euro nominierten Finanzinstrumenten he-

rausgeführt werden soll, wird zunehmend in die Länder mit Entwicklungsmärkten, darunter nach Russland, fließen«, sagte Stortschak Mitte Mai in Moskau. Die Zentralbank Russlands sei in dieser Situation nicht zu beneiden.

HARALD CHRIST NICHT ZUR DEUTSCHEN BANK

Harald Christ soll nach einer Meldung des Manager-Magazins die Leitung der Deutsche-Bank-Tochter Norisbank übernehmen. Christ erklärte dazu gegenüber dem Hauptstadt Insider, er führe eine Reihe von Gesprächen mit verschiedenen Interessenten. Ein Angebot der Deutschen Bank liege ihm noch nicht vor. »Dass ich die Leitung der Norisbank übernehmen soll, ist eine Ente.« Christ, bis 2007 Chef des Fondshauses HCI, war 1999-2002 Vertriebsmanager der Deutschen Bank. 2009 war er Schatten-Wirtschaftsminister und Mittelstandsbeauftragter im Wahlkampfteam von Frank-Walter Steinmeier.

KUHLMANN WECHSELT ZUM BDEW

Andreas Kuhlmann leitet ab 1. Juni den Geschäftsbereich Strategie und Politik beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Damit ist er verantwortlich für die Interessen von 1.800 Mitgliedsunternehmen. Kuhlmann berichtet direkt an die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung Hildegard Müller.

DEUTSCH-RUSSISCHE GESPRÄCHE BADEN-BADEN

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt mit der Robert Bosch Stiftung und der BMW Stiftung Herbert Quandt deutsche und russische Unternehmen dazu ein, junge Führungskräfte für ein exklusives Intensivseminar (11. - 17. Oktober 2010) zu nominieren. Als Gesprächspartner stehen führende Unternehmer aus beiden Ländern sowie Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft zur Verfügung. Bewerbungsschluss: 31. Mai 2010.

ZWISCHENRUF

DIE LEIDIGE LAUFZEITVERLÄNGERUNG

Von Heino Wiese. Herr Mappus hat sich und den Betreibern der Kernkraftwerke mit seiner Attacke auf Minister Röttgen keinen Gefallen getan. Jeder weiß, dass markige Sprüche in der Politik wenig bewirken aber einen hohen Erinnerungswert haben. In diesem Fall dürfte es sogar dazu führen, dass die Opposition das Thema aufs Neue hochfährt und damit die gesellschaftliche Akzeptanz der Nuklearenergie noch weiter sinkt. Die Kanzlerin, ohne deren Zustimmung Herr Röttgen ohnehin nicht agiert haben dürfte, wird den Angriff mit Recht auf sich beziehen und sich den Angreifer merken. Und der Bundesumweltminister wird beweisen müssen, dass er Recht hat und wird als Chef der Atomaufsicht wenig Bereitschaft zu weiterem Entgegenkommen verspüren. Die Reaktion wird eher sein: »Denen zeig ichs mal!« Aus dem Wirtschaftsministerium hört man, Herr Brüderle sei auch in dieser Sache wenig konfliktbereit. So soll er seinen Beamten gesagt haben: »Ich bin ja für eine Laufzeitverlängerung von 20 Jahren, aber sorgt dafür, dass ich nicht die Rolle des Atomministers spielen muss!« Diese Rolle des Lobbyisten der Kernenergie zieht Ministerpräsident Mappus gerade auf sich. Ob das im Vorfeld einer Landtagswahl klug ist, wird sich zeigen. Die letzten Umfragen haben gezeigt, dass auch in Baden-Württemberg deutlich mehr Wahlberechtigte einen weiteren Ausbau der Kernkraft ablehnen als man Befürworter findet.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

28.5. - 29.5. GREENING THE ECONOMY

Mit Spaniens Staatssekretärin für Klimawandel, Teresa Ribera Rodriguez, Jürgen Trittin, dem thüringischen Wirtschaftsminister Matthias Machnig, dem Director Business Innovation der Daimler AG, Jerome Guillen. Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10 Uhr.

WORTE DER WOCHE

»Ich bin nicht bereit, die Eskapaden des Bundesumweltministers weiter zu akzeptieren. Politik ist ein Mannschaftsspiel. Wer Individualsport bevorzugt, der muss sich ein anderes Tätigkeitsfeld besorgen. Ich erwarte, dass mein Parteikollege zurückgepfiffen wird.«

Der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus zu Äußerungen von Umweltminister Röttgen, eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke bedürfe »tendenziell der Zustimmung des Bundesrates«.

»Man kann die nächste Krise auch herbeireden.«

Martin Blessing, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, distanziert sich von den Äußerungen von Deutsche Bank Chef Josef Ackermann, der behauptet hatte, Griechenland könne seine Schulden nicht begleichen.

»Die Koalition schleicht um den heißen Brei.«

Jürgen Trittin, Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert die Regierung für ihr langsames Handeln.

»Es war ein guter Tag für die Politik und ein schlechter Tag für die Spekulanten.«

CDU-Politiker Steffen Kampeter verteidigte die Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung zur Euro-Rettung.

TERMINE

31.5. DELEGATIONSREISE NACH SAUDI-ARABIEN

Delegationsreise des Bundeswirtschaftsministeriums nach Riad und Dschidda in Saudi-Arabien für die Branche Sicherheitstechnologie, insbesondere IT-Sicherheit.